
3071/AB XXIV. GP

Eingelangt am 23.11.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Anfragebeantwortung



bmask

BUNDESMINISTERIUM FÜR
ARBEIT, SOZIALES UND
KONSUMENTENSCHUTZ

RUDOLF HUNDSTORFER
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien
Tel: +43 1 711 00 - 0
Fax: +43 1 711 00 - 2156
rudolf.hundstorfer@bmask.gv.at
www.bmask.gv.at
DVR: 001 7001

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Parlament
1010 Wien

(5-fach)

GZ: BMASK-10001/0373-III/A/4/2009

Wien,

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 3148/J der Abgeordneten Schwentner, Freundinnen und Freunde**, wie folgt:

Fragen 1, 2, 3 und 4:

Ein wesentliches Ziel der Gleichstellungsorientierung in der Arbeitsmarktpolitik ist es, Frauen und Mädchen den Zugang zu allen Berufen und Positionen zu ermöglichen. In einem speziellen Förderprogramm für Frauen "FIT – Frauen in Handwerk und Technik" werden die Berufswahl und zertifizierte Ausbildungen in handwerklich technischen Berufen forciert. Frauen werden ermutigt, Berufe zu ergreifen, die traditionell männlich dominiert sind, bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen und höhere Einkommensmöglichkeiten bieten. Die Gesamtkosten für das FIT – Programm beliefen sich im Jahr 2007 auf rund € 18 Mio. Im Jahr 2008 betrugen die Gesamtkosten rund € 23 Mio.

Durch eine gezielte Berufswahl und Ausbildung im nicht-traditionellen Bereich wird die Situation der Frauen am Arbeitsmarkt verbessert sowie ein Beitrag zum Ausgleich des Fachkräftemangels geleistet. Die Qualifizierungsoffensive „Metallfachkräfte“ im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz bietet auch Frauen die Möglichkeit einer spezifischen Ausbildung mit hohen Arbeitsmarktchancen. FacharbeiterInnenintensivausbildungen, Qualifizierungen und Vorbereitungen auf Lehrabschlussprüfungen bilden die Schwerpunkte des Programms. Im Programmjahr 2007/2008 belaufen sich die Gesamtkosten der Metallfachkräftequalifizierung für Frauen auf € 12,4 Mio.

Das Aufbrechen der Segregation am Arbeitsmarkt durch gezielte Förderungen, Maßnahmen und Informationen ist ein wichtiges Ziel der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Auch mit der Förderung von Mädchen in Lehrberufen mit geringem Frauenanteil soll das Berufsspektrum der Frauen erweitert, dadurch der Frauenarbeitslosigkeit entgegengewirkt und bessere Aufstiegschancen auch in zukunftssträchtigere Berufsbe-
reiche ermöglicht werden. Gefördert werden Ausbildungen in jenen Lehrberufen, bei denen der Anteil der weiblichen Lehrlinge an der Gesamtzahl aller Lehrlinge im vorangegangenen Ausbildungsjahr unter 40 % lag. Die Liste der Berufe wird entsprechend ihrer Geschlechterverteilung in den Lehrberufen jährlich angepasst. Im Jahr 2007 wurden für Lehrstellen für Mädchen mit eben diesem geringen Frauenanteil € 1,5 Mio ausbezahlt, 2008 beliefen sich die Zahlungen auf € 2,5 Mio.

Im Jahr 2009 belaufen sich die Gesamtkosten des FIT-Programms auf € 27,6 Mio. Für Mädchen in Lehrberufen mit geringem Frauenanteil wurden bis 30.9.2009 € 2,3 Mio. ausbezahlt. Die Gesamtkosten für die Metallfachkräfteausbildung für Frauen betragen im Programmjahr 2008/2009 € 16,7 Mio.

Die Finanzierung dieser Programme erfolgte in den Jahren 2007 und 2008 durch das damalige Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Kofinanzierungen von anderen Ministerien liegen nicht vor.

Zudem nimmt mein Ressort seit dem Jahr 2007 am Girls' Day im Bundesdienst teil. Ziel des Girls' Day ist es, die Mädchen für nicht-traditionelle Frauenberufe zu begeistern. Eingeladen waren Schülerinnen im Alter von 11 bis 16 Jahren. Die Kosten für die Durchführung des Girls' Day betrugen für 2007 € 120, für 2008 € 1.630,84 € und für 2009 € 2.900,--, wobei aber 2009 der Girls' Day gemeinsam mit dem Boys' Day in der Zentralstelle stattfand. Nach dem Verhältnis zur Kopfzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer könnten die Kosten mit € 2.040,-- (Mädchen) zu € 860 (Burschen) aufgeteilt werden. Es besteht eine Kofinanzierung seitens eines anderen Ministeriums, das auch die Kosten für die Giveaways übernahm.

Für das Jahr 2010 liegen noch keine detaillierten Budgetplanwerte vor.

Fragen 5, 6 und 8:

Zu diesen Fragen verweise ich zunächst auf die Ausführungen der Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst in der Anfragebeantwortung zur parlamentarischen Anfrage Nr. 3142/J.

Die Schließung der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern ist ein zentrales Anliegen meiner Politik und auch ein Auftrag aus dem Regierungsübereinkommen. Mein Ressort verhandelt daher seit einiger Zeit auf ExpertInnenebene mit den Sozialpartnern und anderen Ressorts über geeignete gesetzliche Maßnahmen. Diese Gespräche sollten 2009 abgeschlossen sein.

Generelles Ziel der Arbeitsmarktpolitik ist es, dass Frauen und Männer gleichermaßen auf Existenz sichernden Arbeitsplätzen, die wirtschaftliche Unabhängigkeit ermöglichen, ins Erwerbsleben integriert sind, den gleichen Zugang zu allen Berufen haben und sich gleichermaßen auf allen hierarchischen Ebenen der Arbeitswelt verteilen. Das AMS bietet daher ein umfassendes Informations-, Beratungs- und Betreuungsangebot auch in Zusammenarbeit mit Mädchen- und Frauenberatungsstellen an, um vor allem durch Qualifizierungen dem segregierten Arbeitsmarkt entgegenzuwirken. Durch den Ausbau der Berufsinformation und der Forcierung der Zusammenarbeit mit den Schulen soll für alle Schülerinnen der 7. und 8. Schulstufe die Möglichkeit geschaffen werden, an einer geschlechtersensiblen Berufsorientierung teilzunehmen, um die Berufswahl der Mädchen zu erweitern. Eine weitere Maßnahme zum Abbau der geschlechtsspezifischen Segregation am Arbeitsmarkt setzt die Arbeitsmarktpolitik mit der Förderung von Qualifizierung und Beschäftigung von Frauen in zukunftsorientierten Bereichen.

Zusätzliche Maßnahmen im Rahmen der Kampagne „gleich=fair“ sind nicht geplant.

Frage 7:

Hinsichtlich der für die Inseratenkampagne „gleich=fair“ aufgewendeten finanziellen Mittel verweise ich auf meine Anfragebeantwortung zur parlamentarischen Anfrage Nr. 3121/J betreffend Inseratenkosten im Wahlkampf.

Mit freundlichen Grüßen